

Vorschlag einer Resolution

„NULL EURO FÜR DIE KOMMUNEN!“

der BGE-Ratsfraktion (Sitzung des Rates vom 12.05.2015)

„Der Rat der Stadt Emmerich fordert das Land NRW und den Bund nachdrücklich auf, ihrer großen staatlichen und humanitären Verpflichtung in fiskalischer Hinsicht dadurch nachzukommen, dass die Kommunen von allen Kosten für die humanitäre Flüchtlingshilfe freigestellt werden. Anderenfalls ist die Versorgung der eigenen Bürger stark gefährdet, weil alle verfügbaren kommunalen Ressourcen an die Flüchtlingsunterstützung gehen und die vorhandenen Mittel der Kommunen trotzdem nicht reichen. Wir fordern deshalb vom Land NRW und dem Bund: „NULL EURO FÜR DIE KOMMUNEN!“